

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Frank Tempel, Jan Korte, Ulla Jelpke, Petra Pau,
Jens Petermann, Raju Sharma, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.**

Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst und die Förderung von Auszubildenden sowie jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist es, das Berufsbeamtentum zukunftsfest zu machen. Der am 26. Oktober 2011 vorgelegte „Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes“ fordert eine demografiegerechte Personalpolitik für die Bundesverwaltung, die vor allem auch die Gewinnung von Nachwuchskräften berücksichtigen muss. Angesichts der demografischen Entwicklung in unserem Lande hängt die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in naher Zukunft stärker als je zuvor von einem gut ausgebildeten und motivierten Nachwuchs ab. Bereits heute ist absehbar, dass der Personalbedarf des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb mit der Wirtschaft gedeckt werden muss. Das betrifft vor allem Fachkräfte in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen, an denen es schon gegenwärtig mangelt. Die „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst – Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen 2011“ des Meinungsforschungsinstituts forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH und der dbb beamtenbund und tarifunion ergab, dass 60 Prozent der im öffentlichen Dienst beschäftigten 16- bis 30-Jährigen der Meinung sind, dass sie im Vergleich zu ihren ehemaligen Mitschülerinnen und Mitschülern nicht die bessere Wahl getroffen hätten. Ebenso erachten 60 Prozent der Beamtinnen und Beamten ihre Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst für schlechter als in der Privatwirtschaft. Nicht zuletzt diese Ergebnisse geben Anlass, die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst genauer zu erfassen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen für Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst entwickelt (bitte nach Bundesministerien und deren nachgeordneten Behörden aufschlüsseln und Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund extra ausweisen)?
2. Wie ist das Leistungsniveau der Bewerberinnen und Bewerber im Vergleich der letzten zehn Jahre einzuschätzen?
3. Wie wirbt die Bundesregierung um Nachwuchs im öffentlichen Dienst des Bundes, und welche Defizite sieht sie?
4. Wirbt die Bundesregierung zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst des Bundes zielgerichtet um Bewerberinnen und Bewerber mit einem Migrationshintergrund?

5. Wie hat sich der Anteil der Bewerberinnen und Bewerber mit einem Migrationshintergrund seit 2002 entwickelt?
6. Wie hat sich der Anteil der Auszubildenden mit einem Migrationshintergrund an der Gesamtzahl der Auszubildenden seit 2002 entwickelt?
7. Wie viele Stellen sind aufgrund von Pensionierung (Altersabgängen) in den nächsten fünf Jahren zu besetzen (bitte nach Bundesministerien und deren nachgeordneten Behörden aufschlüsseln)?
8. In welchen Bereichen gibt es zu wenig Bewerberinnen und Bewerber für die Ausbildungsplätze?
9. Wie viele Auszubildende und Anwärter bzw. Anwärterinnen gibt es im öffentlichen Dienst des Bundes (bitte nach Bundesministerien und deren nachgeordneten Behörden für die letzten zehn Jahre aufschlüsseln)?
10. Wie viel Geld wird seit dem Jahre 2002 jährlich aus dem Bundeshaushalt in die Ausbildung des öffentlichen Dienstes investiert?
11. Wie wird gewährleistet, dass die Ausbildungszahlen dem tatsächlichen Bedarf der Verwaltung entsprechen?
12. Wie wird gewährleistet, dass die Ausbildung an den Berufsschulen/internen Fachhochschulen des Bundes den aktuellen und künftigen Anforderungen an die Praxis entspricht?
13. Wie viel Geld wird jährlich seit dem Jahre 2002 aus dem Bundeshaushalt in die Weiterbildung des öffentlichen Dienstes investiert?
14. Wie viele Auszubildende und Anwärter bzw. Anwärterinnen im öffentlichen Dienst des Bundes haben in den letzten zehn Jahren ihre Ausbildung/Vorbereitungsdienst vorzeitig abgebrochen?
Aus welchen Gründen geschah dies?
15. Wie werden gute Ausbildungsergebnisse im öffentlichen Dienst honoriert?
16. Wie werden junge Eltern (auch alleinerziehende Mütter und Väter) in der Ausbildung unterstützt?
17. Wie wirkt sich der Ausbildungsabschluss auf den Berufseinstieg im öffentlichen Dienst des Bundes aus?
18. Welche Faktoren sind neben dem Notendurchschnitt gewichtig für den Berufseinstieg?
19. Wie viel Prozent der Auszubildenden werden nach erfolgreichem Abschluss unbefristet übernommen?
20. Wie viele Auszubildenden und Anwärter bzw. Anwärterinnen im öffentlichen Dienst des Bundes wurden nach Beendigung ihrer Ausbildung übernommen (bitte nach unbefristet im Beamtenverhältnis, unbefristet im Angestelltenverhältnis, befristet nach 6, 12, 24 Monaten im Angestelltenverhältnis aufschlüsseln)?
21. Wie viele Auszubildende und Anwärter bzw. Anwärterinnen im öffentlichen Dienst des Bundes haben in den letzten zehn Jahren nach Beendigung ihrer Ausbildung die Übernahme nicht angenommen?
22. Gibt es Informationen darüber, welche Art von Tätigkeit die Auszubildenden und Anwärter bzw. Anwärterinnen im Anschluss ausüben, wenn sie die Übernahme nicht annehmen/oder nicht übernommen worden sind?
23. Welche Rolle spielen Übernahmegarantien im öffentlichen Dienst?
24. Wie haben sich die Anwärterbezüge/Auszubildendenvergütungen in den letzten zehn Jahren entwickelt?

25. Wie wird insbesondere mit Blick auf die „Hochpreisregionen“ gewährleistet, dass die Anwärterbezüge/Auszubildendenvergütungen sowohl den Lebensunterhalt sichern als auch Bewerbungen im öffentlichen Dienst stimulieren?
26. Ist eine Absenkung oder Erhöhung der Anwärterbezüge in den nächsten Jahren geplant bzw. angedacht?
27. Wie haben sich die Einstiegsämter für die Laufbahnen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
28. Ist eine Absenkung/Anhebung der Einstiegsämter vorgesehen?
29. Welche Möglichkeiten haben Angehörige des öffentlichen Dienstes und speziell junge Beamtinnen und Beamten, sich zu qualifizieren?
30. Wie wird die Qualifizierung stimuliert?
31. Wie „durchlässig“ sind die Laufbahnen für den Aufstieg motivierter Beamtinnen und Beamten?
32. Wie hoch ist der Anteil der „Aufstieglern“ in den einzelnen Ressorts, und mit welchem Alter erfolgt dieser durchschnittlich (bitte getrennt nach dem Aufstieg vom einfachen in den mittleren Dienst, vom mittleren in den gehobenen Dienst und vom gehobenen in den höheren Dienst angeben)?
33. Wie wird eine leistungsgerechte und leistungsorientierte Bezahlung im öffentlichen Dienst gewährleistet?
34. Wo bestehen Defizite bei der leistungsgerechten und leistungsorientierten Bezahlung?
35. Welche Veränderungen sind bei der leistungsgerechten und leistungsorientierten Bezahlung geplant?
36. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der ehrenamtlichen Arbeit von jungen Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu?
37. Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Zahl ehrenamtlich tätigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes und speziell der Beamtinnen und Beamten auf Bundesebene?
38. Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Aufschlüsselung der ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen?
39. Wie unterstützt die Bundesregierung die Aktivitäten ihrer ehrenamtlich tätigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes?
40. Reichen die Sonderurlaubsregelungen aus, um die ehrenamtliche Tätigkeit zu fördern?
41. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Förderung der ehrenamtlichen Betätigung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes?
42. Welche Rolle spielen die im Ehrenamt erlangten Fähigkeiten bei der Einstellung und bei der Leistungsbeurteilung?

Berlin, den 19. März 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

